

Der Bischof von Hvar, Msgr. Pusic, hat alle Priester seines Bistums, die an dem obengenannten Kongreß in Spalato teilgenommen haben, suspendiert.

„Die Zeit“ (9. 7. 1953) veröffentlichte in deutscher Übersetzung einen Brief der Landarbeiterin Saletic, der in der kommunistischen Zeitung „Oslobodjenje“ von Sarajewo am 30. 6. 1953 abgedruckt war. In dem Brief beklagt sich die Frau, ihr werde das Leben in ihrem Dorfe von der Bevölkerung unmöglich gemacht, weil sie sich bei der letzten Volkszählung als Atheistin in die Listen eingetragen habe. „Die Zeit“ versieht den Brief mit dem Kurzkomentar: „Das ist das Ergebnis einer zehnjährigen Regierungspropaganda für Kommunismus und Atheismus.“

Ökumenische Nachrichten

Zur katholischen Interpretation der ökumenischen Eschatologie Pater Chr. J. Dumont OP, über dessen Versuch einer katholischen Interpretation der ökumenischen Eschatologie wir im vorigen Heft (S. 505 ff.) berichtet haben, wollte in diesem Heft auf die kritischen Fragen, die sich uns bei der Würdigung dieses Versuches stellten, antworten. Er hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß diese kritischen Fragen von einer mißverständlichen Interpretation seiner Thesen ausgingen. Wir haben die Absicht P. Dumonts zu einer Richtigstellung und Klärung freudig begrüßt, um so mehr als unserer Absicht nichts ferner lag, als die Orthodoxie dieses auch von uns sehr verehrten Theologen anzuzweifeln. Durch den Streik der Postangestellten in Frankreich hat uns nun das Manuskript P. Dumonts nicht erreicht, so daß wir seine Veröffentlichung auf das Oktoberheft der Herder-Korrespondenz verschieben müssen.

„Deutsche Politik“ - Die Bundestagswahl setzt, wie nach „Christliche Politik“ der Geschichte der letzten vier Jahre vorauszusehen war, die EKD einer neuen schweren Belastungsprobe aus.

Da von allen Beteiligten diese Wahl als eine Grundsatzentscheidung angesehen wird, zeigt sich, daß die dogmatische Substanz der EKD keine einheitlichen Grundsätze für eine Politik der Christen ermöglicht. In dieser Lebensfrage sind abermals Niemöller und Asmussen die Wortführer, und der Konflikt hat bereits zu ersten kirchlichen Entschlüssen geführt.

Ende Juli hatte Kirchenpräsident Niemöller einen politischen Wahlauf Ruf veröffentlicht. Bekanntlich war ihm in den letzten Jahren mehrfach, sowohl von der Synode seiner Landeskirche wie auch vom Rat der EKD, unüberhörbar deutlich nahegelegt worden, sich in politischen Fragen einer für Kirchenmänner gebotenen Zurückhaltung zu befleißigen. Es war seinen lutherischen Gegnern aber nicht gelungen, ihn auszuschalten, da viele evangelische Christen ihn nach den Erfahrungen des Kirchenkampfes der Nazizeit als einen „Propheten“ verehren. Dennoch hat dieser Wahlauf Ruf in Hessen helle Empörung ausgelöst, obwohl er nach Niemöllers Begriffen als maßvoll angesehen werden kann. Es heißt darin:

Niemöllers „deutsche Politik“

„Der bisherige Bundestag hat es der Regierung ermöglicht, in diesen beiden grundlegenden Fragen (der Wiedervereinigung des deutschen Volkes wie seiner Stellung unter den Völkern) eine Politik zu treiben, die an der

Meinung des Volkes achtlos vorübergehend, eine Befragung des Volkes mit formalen Einwänden ablehnte, die Aufklärung des Volkes durch Presse und Rundfunk verhinderte und ihre Gegner als getarnte Kommunisten diffamierte. Auf diese Weise sind die Verträge zustande gebracht worden, die Westdeutschland wirtschaftlich und militärisch an den Westen binden und vom Osten und zugleich von Ostdeutschland trennen. Das Wort ‚Wiedervereinigung‘ ist damit ebenso zur propagandistischen Phrase gemacht worden wie das Wort ‚Friede‘; und die westdeutsche Politik ist zum Hindernis geworden für die Aufnahme von Verhandlungen wie für eine friedliche Regelung der deutschen Frage.

Trotz der Macht der Propaganda und des Geldes, die diese Politik gefördert und bestimmt hat, gibt es aber Millionen deutscher Menschen im Gebiet der Bundesrepublik, die überzeugt sind, daß unser deutsches Volk nur leben kann, wenn es sich nicht in den tödlichen Gegensatz zwischen Ost und West hineinziehen läßt und nach West und Ost Frieden hat. Sie wissen, daß wir eindeutig zur westlichen Welt gehören, daß wir aber ebenso eindeutig friedliche Beziehungen zu unseren Nachbarn im Osten haben müssen, um leben zu können. — Alle diese Menschen fragen sorgenvoll, ob sich nicht eine Partei findet, die bereit ist, sich im künftigen Bundestag für eine grundlegende Neuorientierung unserer Außenpolitik einzusetzen. . . Vielleicht ist uns heute diese letzte Möglichkeit gegeben, etwas Durchgreifendes in dieser Richtung zu tun; und darum ist es höchste Zeit, wenn der gefährliche bisherige Weg verlassen werden soll, daß sich die verschiedenen politischen Gruppen zusammenfinden, die ohne einseitige — wirtschaftliche oder militärische — Bindung nach West oder Ost eine deutsche Politik der Wiedervereinigung und des Friedens zu treiben entschlossen sind.“ Niemöller nennt die Schaffung dieser Gruppe, unter der er sich vielleicht eine „Große Koalition“ oder nur die Partei seines Freundes Dr. Heinemann vorstellt, „ein Zeichen der Hoffnung“, das man aufrichten müsse! Er fordert eine „deutsche Politik“, denn er gehört zu jener protestantischen Richtung, die eine „christliche Politik“ theologisch verwirft.

Das Urteil der hessischen Synode

Die Wirkung dieses Aufrufes war beträchtlich. Eine Gegenerklärung von Bundestagspräsident Dr. Ehlers stellte fest, Niemöller habe die parteipolitische Neutralität der Kirche endgültig durchbrochen. Er müsse daher als Redner auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg ausscheiden, da man dort Burgfrieden vereinbart habe. Präses Wilm von der westfälischen Landeskirche dagegen verteidigte den Vorsitzenden der „Bekennenden Kirche“. Infolgedessen hatte Niemöller doch die Chance, auf dem Kirchentag in der Arbeitsgruppe Politik sein Programm in milder Diktion zu vertreten. Dieses Auftreten konnte auch die Rüge der hessischen Synode nicht hindern. Der Präses der Synode, Dr. Wilhelmi, hatte ohne Befragung Niemöllers oder der Kirchenleitung eine außerordentliche Synode auf den 4. August nach Frankfurt/M. einberufen. Niemöller blieb ihr unter Protest fern und erklärte, er sei durch seine Verpflichtungen auf der Sitzung des Exekutiv-ausschusses des „Weltrates der Kirchen“ verhindert; das ist von jeher seine unangreifbare ökumenische Operationsbasis für die deutsche Innenpolitik, wo einflußreiche Bun-

desgenossen ihn im Sinne einer „eschatologischen Dynamik“ zur „Rettung des deutschen Protestantismus“ beraten. Niemöller drohte sogar, das kirchliche Verfassungsgericht anzurufen, als ob er, wie einer der Synodalen sagte, mit traumwandlerischer Sicherheit alles tun müßte, um die evangelische Kirche zu zerstören. Dr. Wilhelmi sah sich zum Handeln gezwungen, da im Lande Hessen bereits die Parole umläuft, man müsse mit ganzen Gemeinden aus der Landeskirche ausscheiden, bis Niemöller abdankt, so wie es unlängst die Lukasgemeinde in Gießen getan hat.

Auf der Synode standen sich die beiden politischen Richtungen innerhalb der Landeskirche scharf gegenüber: hier der religiöse Sozialist und derzeitige Kultusminister Dr. Metzger, der Niemöllers Recht der freien Meinungsäußerung verteidigte, und dort der Bundesrichter Dr. Stein mit einem Mißtrauensantrag gegen Niemöller, der wohl seinen Sturz unabwendbar gemacht hätte. Nach schwierigen Beratungen lehnte die Synode am 6. August schließlich einen Vertagungsantrag auf Oktober ebenso wie den Mißtrauensantrag von Dr. Stein (mit 85 gegen 52 Stimmen) ab, nahm aber mit 77 gegen 56 Stimmen folgende EntschlieÙung an:

„Kirchenpräsident D. Martin Niemöller hat am 25. Juli dieses Jahres einen Aufruf zur Bundestagswahl veröffentlichten lassen. Die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau erklärt, daß dieser Aufruf keine Stellungnahme der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau ist. Kirchenpräsident D. Martin Niemöller hat mit seinem Aufruf zur Bundestagswahl das Wort der Synode vom 29. November 1950 (in der Form möglichste Zurückhaltung zu üben, unnötige Schärfe zu vermeiden und sich der brüderlichen Liebe zu bedienen) verletzt.“

Eine Klarheit über eine grundsätzliche christliche Politik wurde weder gesucht noch gefunden.

Asmussens 14 Punkte

Propst Asmussen, Kiel, hat in seinem mustergültigen kirchlichen Wahlauftrag die Grundlinien einer christlichen Politik entworfen, die — in Ergänzung einer gleichzeitigen Erklärung zum Verhältnis der Konfessionen — die Grundsatzentscheidung nicht nur für diese Wahl sondern für alle schwebenden Fragen herausarbeitet. Der Aufruf soll hier, auch wenn er vielen Lesern aus den Zeitungen bekannt sein mag, wegen seines dokumentarischen Charakters für das Gedächtnis aufbewahrt werden. Er lautet:

1. Wähle überhaupt! Durch Nichtwählen entfliehst du der Entscheidung nicht. Christus hat gesagt: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist.
2. Wähle eine der großen Parteien, auch wenn Wünsche übrigbleiben, die nicht erfüllt werden. Unser Gemeinwesen darf sich nicht aufsplintern.
3. Wähle niemals Kommunisten und ihre Helfer! In dieser Sache ist der christliche Glaube nicht neutral, sondern aus Liebe unerbittlich. Mit der organisierten Gottlosigkeit kann es keinen Frieden geben.
4. Wähle, aber denke daran, daß das Heil der Seele nicht an Dingen hängt, welche den christlichen Glauben nicht berühren. Christen müssen bis an die Grenze des Möglichen Brüder bleiben wollen, auch wenn sie manche Dinge dieses Lebens anders beurteilen.
5. Wähle möglichst nur Glieder christlicher Kirchen. Die Parteien sind dir Rechenschaft schuldig, welche ihrer Kandidaten einer christlichen Kirche angehören.

6. Wähle aber nicht nur christliche Politiker, sondern wähle christliche Politik! Es ist niemandem geholfen, wenn christliche Politiker durch eine unchristliche Politik lahmgelegt werden.

7. Es ist unchristliche Politik, welche die Kirchen weiter zu spalten versucht. Christliche Politik ist es, wenn christliche Politiker verschiedener Konfessionen um ihres Christentums willen zusammenarbeiten wollen.

8. Es ist unchristliche Politik, diejenigen Staaten, in denen das Evangelium noch Raum hat, auseinanderzutreiben oder auseinanderzuhalten. Christliche Politik ist es, zusammenzubringen, was um der christlichen Sache willen zusammengehört.

9. Es ist unchristliche Politik, die Kirchen zu privatisieren und also sie einzuengen. Christliche Politik ist es, den Kirchen diejenige Freiheit in Lehre und Arbeit zu lassen, welcher sie zur Ausrichtung ihres Dienstes bedürfen.

10. Es ist unchristliche Politik, die Schulen der jeweilig herrschenden politischen Meinung auszuliefern. Christliche Politik ist es, das Recht Gottes und der Eltern am Kinde und das Recht des Kindes an sich selbst zu achten und durchzusetzen.

11. Es ist unchristliche Politik, den wirtschaftlich Schwachen um des Besitzenden willen schwach zu halten oder aber ihn wirtschaftlich zu fördern unter der Bedingung, daß er seine Freiheit an die Partei verkauft. Christliche Politik ist es, ihm eine Chance in Freiheit zu geben.

12. Es ist unchristliche Politik, den von freien Wählern Gewählten einem Fraktionszwang zu unterwerfen. Christliche Politik ist es, auf die eigene Verantwortung des Gewählten in Freiheit zu drängen.

13. Es ist unchristliche Politik, die staatliche Reglementierung des Lebens und die Verstaatlichung überhaupt fördern zu wollen. Christliche Politik ist die Bemühung um Verminderung, nicht um Vermehrung des Staatlichen.

14. Es ist unchristliche Politik, um der verschiedenen Parteizugehörigkeit willen zu vergessen, daß wir alle in einem Schiff sitzen. Christliche Politik ist es, mit dem Nächsten auszukommen und also nicht die mangelnde Liebe zum Nächsten durch desto lautere Liebe zum Fernsten zu verdecken.

Das Verhältnis zum Katholizismus Propst Asmussen hat die grundsätzliche Klärung seines Wahlauftrages durch acht Fragen an die evangelischen Christen ergänzt, die geeignet sind, vielen von ihnen eine Überprüfung ihres Verhältnisses zum Katholizismus zu ermöglichen, vorausgesetzt, daß einmal aus dem katholischen Raum eine analoge Fragestellung erfolgen könnte. Asmussens bedeutende Fragen, die wir der Wochenschrift „Christ und Welt“ vom 31. Juli 1953 entnehmen, gehen auf alle die Probleme ein, die unsere ökumenische Berichterstattung der letzten Monate ausgebreitet hatte, und führen die dogmatische Frage der EKD einer Entscheidung näher. Sie lauten:

„Die ökumenische Aufgabe ist uns unüberhörbar gestellt. Die Fortschritte auf diesem Wege sind vor aller Augen. Es droht aber, daß statt einer Kirche Jesu Christi zwei einander fremde Blocks entstehen. Schließt die katholische Kirche sich selber aus? Schließen die nichtkatholischen Kirchen sie aus? Dieser Zustand ist unerträglich. Wir evangelischen Christen sind vor eine Reihe von Gewissensfragen gestellt. Über die katholischen haben wir

nicht zu richten. Bitte überlegen auch Sie nachstehende Fragen:

1. Sind wir bereit, vorbehaltlos auf den ganzen biblischen Kanon zu hören? Oder sprechen wir uns selbst von der Bindung an diejenigen Schriften frei, die man für „katholisch“ hält? (Lukas-Evangelium, Apostelgeschichte, Römer 1 und 2, Epheser, Kolosser, Timotheus, Titus. 2. Petrus, Jakobus.)
2. Wie erklären wir es, daß die katholische Kirche in Deutschland heute weithin stärkere geistliche Wirkungen hat als die evangelischen? (Literatur, Priesternachwuchs, Gottesdienstbesuch, Opferfreudigkeit usw.)
3. Wie kommt es, daß sich in evangelischen Gegenden im Vulgärprotestantismus die Meinung halten kann, evangelisch sein hieße: wenig geglaubt, nie gebüßt, nichts gutgemacht, selten gebetet und selten zur Kirche? Wie kommt es, daß wir es wagen, im gleichen Atemzuge den Vulgärkatholizismus für *den* Katholizismus zu halten? (Spanien, Südamerika).
4. Wie kommt es, daß wir uns fürchten, den Katholizismus so kennenzulernen, wie er heute wirklich ist? Warum rechnen wir noch immer mit dem Katholizismus, wie er vor vierhundert Jahren war?

„Kavaliersdelikte des Glaubens“

5. Wie kommt es, daß bei uns die Leugnung der christlichen Fundamentallehren (Dreieinigkeit, Gottessohnschaft, Opfertod und leeres Grab, Jüngstes Gericht) als Kavaliersdelikte des Glaubens gelten, während wir bereit sind, den Katholizismus mit einer Formel aus dem 16. Jahrhundert global zu erledigen?
6. Wie kommt es, daß die evangelischen Kirchen sich von Amts wegen bis heute nicht dagegen wehren, wenn die Aufklärung im Namen der evangelischen Kirche gegen die katholische Kirche kämpft, aber das Christentum als solches meint?
7. Wie kommt es, daß wir so tun, als seien wir Evangelischen alle einig in der Lehre der Rechtfertigung aus dem Glauben, während ein Student im ersten Semester wissen kann, daß das nicht der Fall ist?
8. Wie kommt es, daß die dynastisch-politischen Interessen, die am Anfang der Kirchenspaltung standen, auch heute noch ein stärkeres Motiv für die Spaltung sind als die Lehre?

Ich getraue mir nicht, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Jesu Gebet wird erhört werden. Es sind aber Kräfte am Werk, die in acht Friedensjahren die Kirchen weiter auseinanderbrachten, als Gott sie in zwölf Verfolgungsjahren zusammengeprügelt hatte.“

Asmussen stellte unlängst in Tutzing katholische Freunde vor die Frage, warum sie ihren evangelischen Brüdern immer nur einen „Mangel am Papst“ vorhielten: sie müßten ihnen einen „Mangel an Christus“ nachweisen, um sie zu überführen. Auf diese Frage gibt ihm, wenn wir nicht irren, das Buch von Henry de Lubac „Méditation sur l'Église“ Auskunft, über das wir an anderer Stelle dieses Heftes ausführlich berichten.

Um das protestantische Bischofsamt
Ein Jahr vor dem Zusammentritt der 2. Vollversammlung des „Weltrates der Kirchen“ in Evanston bei Chicago
wirft der bekannte evangelische Kirchenhistoriker Prof. Ernst Benz, Marburg, ein Werk über „Bischofsamt und Apostolische Sukzession im deutschen Protestantismus“

in die ökumenische Diskussion, die bekanntlich von einflußreichen Kreisen immer mehr in die Richtung einer kirchlichen Synthese nach dem Muster der „Kirche von Südindien“ gesteuert wird, obwohl ernste lutherische Vorbehalte, über die wir hier berichtet haben, dagegen laut werden. (Evang. Verlagswerk, Stuttgart 1953, S. 263 S.) Der Blickpunkt, ja geradezu die kirchenpolitische Tendenz des Verfassers ist in der Tat, wie Einführung und Schlußbetrachtung seines Buches deutlich machen, jene südindische Lösung des Bischofs Leslie Newbegin, des in Aussicht genommenen Präsidenten der 2. Vollversammlung.

Benz will einen ersten Beitrag dazu leisten, indem er nicht die, sondern eine bestimmte, nämlich die preußisch-königliche Versuchsreihe zur Wiedereinführung eines geschichtlichen Episkopats darstellt und einen Anhang vieler interessanter Dokumente beifügt. Es gibt bisher noch keine Geschichte des Bischofsamtes im deutschen Protestantismus. Die Gedanken, die darüber nach dem Fortfall des königlichen Summepiskopats im Jahre 1918 laut wurden, und die unglückseligen Gewaltakte der „Deutschen Christen“ seit 1933 werden nur beiläufig erwähnt. Aber Prof. Benz läßt es an einer Verurteilung der Notlösung Luthers und der Selbstverständlichkeit, mit der sich die evangelischen Landeskirchen in ihrem Mißtrauen gegen jede Tradition gerade mit dieser Tradition begnügt haben, durchaus nicht fehlen. Er stellt fest: „Im Vergleich mit der universalen Fülle des charismatischen Lebens, das noch die spätmittelalterliche Kirche aufzuweisen hatte, stellt das Leben der Reformationskirchen trotz aller ‚reinen Lehre‘ eine auffällige Verarmung dar. Auf dem dünnen Boden des Landeskirchentums und des landesherrlichen Summepiskopats konnten nur zwei christliche Lebensstypen sich entfalten: der Pastor und der Professor. Aber beide Typen waren ihrerseits so stark an die landesherrliche Autorität gebunden, daß sich bei ihnen nur selten ein wirkliches Gefühl für die Freiheit der Kirche entwickeln konnte.“ Auch die Titularbischöfe von Königs Gnaden waren Typen des staatlichen Beamtentums.

Königs-Bischöfe

Der konkrete Inhalt des Buches ist eine Darstellung zunächst der aus absolutistischer Staatsgewalt erfolgten Bischofsnennungen durch Kurfürst Friedrich III. (als König Friedrich I. in Preußen) zum Zwecke seiner Königskrönung im Jahre 1701; dazu die weitläufigen, aber gescheiterten Pläne seines „Bischofs“ Jablonski von Königsberg, in Verbindung mit den Unionsgedanken eines Leibniz und anderer, der preußischen Landeskirche eine Bischofsverfassung zu beschieren, um die evangelischen Konfessionen dadurch zu vereinen. Als Ergänzung gibt es eine Darstellung des apostolischen Bischofsamtes der böhmischen Brüderunität, auf deren Hilfe die preußischen Könige zurückgriffen. Dann folgt ein Kapitel über die bischöfliche Verfassung der deutschen evangelischen Kirche im Rußland Alexanders I., ferner ein Kapitel über Theorie und Praxis des bischöflichen Amtes in Preußen unter Friedrich Wilhelm III. im Zusammenhang mit der von ihm betriebenen Union, und schließlich die ausgesprochen ökumenisch gedachten Versuche Friedrich Wilhelms IV., der gerne seinen als unkirchlich erkannten Summepiskopat in die Hände evangelischer Bischöfe mit anglikanischer Ordination (also Sukzession) zurückgeben wollte, aber mit seiner Idee allein blieb.

Ein besonderes Kapitel ist die von ihm betriebene Schaffung des evangelisch-anglikanischen Bistums Jerusalem im Jahre 1847, das — in der Linie des ökumenischen Missionsgedankens unserer Tage — eine gemeinsame Repräsentation des Christentums gegenüber dem Islam in einer apostolischen Verfassung anbahnen sollte. Das alles ist wahrlich ein interessantes historisches Material. Es belegt nicht nur weitgehend ein tiefes Unverständnis für das dogmatische Fundament des Bischofsamtes in seiner Einheit mit dem Primat, so daß, wie Benz ausdrücklich erwähnt, die Einrichtung des Bistums Jerusalem wesentlich zum Entschluß Newmans beigetragen hat, der Anglikanischen Kirche den Rücken zu kehren (eine Neigung, die heute bei manchen Anglikanern angesichts der Kirche von Südbindien erwacht!). Das Buch belegt auch die Grundidee, eine bischöfliche Verfassung ohne dogmatische Klärung zum Mittel von Bekenntnisunionen zu verwenden, so wie es die Ökumenische Bewegung seit Lausanne immer wieder erstrebt.

Für diese Richtung ist das Buch sozusagen ein Schlager. Es wird vermutlich manches dazu tun, daß man auch in Deutschland genferischer und südindischer denken lernt. Es wird aber in lutherischen Kreisen durch seine unhistorische Tendenz lebhaften Widerspruch auslösen. Denn das umfassende Thema des Titels hätte es gefordert, z. B. die dogmatisch wesentlichen Gedanken eines August Vilmar, des Zeitgenossen und Gegners der preußischen Unionspolitik, in die Darstellung aufzunehmen, ganz zu schweigen von den Bemühungen des Luthertums in Niedersachsen und Schleswig, schon vor 1918 die bischöfliche Tradition der lutherischen Staatskirchen des Nordens zu übernehmen. Es ist sehr merkwürdig, daß der Historiker Benz darüber schweigend hinweggeht.

Israel und die Einheit der Kirche

Wir haben in unserem Juli-Heft (7. Jhg., S. 457 ff.) die „Probleme der Judenmission in Israel“ auseinandergesetzt. Nun ist in der Zeitschrift der Pères-Missionnaires de Notre-Dame de Sion, den „Cahiers Sioniens“ (Jhg. 7, Nr. 1, März 1953), ein Aufsatz von deren Herausgeber, P. Paul Démann NDS, über das grundlegende Problem der Judenmission überhaupt, nämlich Grenzen und Begriff der „Juden-Mission“, unter dem Titel: „Israel et l'unité de l'Église“ erschienen, dessen Gedanken wir hier kurz wiedergeben möchten.

Das Ur-Schisma im Gottesvolk

„Die Einheit ist ein Grundzug des gesamten Wirkens Gottes“, sagt P. Démann. Die heilsökonomisch vorübergehend notwendige Trennung von Juden und Heiden wird durch Christus durch die Sammlung beider zum Neuen Gottesvolk prinzipiell aufgehoben. „Für Paulus ist, wie für das Alte Testament, diese Sammlung des Gottesvolkes eine wesentliche Kundmachung der Einheit Gottes, der Einheit seines Heilsratschlusses und seiner Treue bei dessen Verwirklichung. . . Wie vermöchte man eine Theologie der Einheit aufzubauen, ohne sie auf diesen zuverlässigen Felsen des Offenbarungswortes zu gründen?“ Aber „Israel bleibt meist außerhalb der Schau der christlichen Wiedervereinigung und eben damit außerhalb unserer christlichen Sicht überhaupt“. Und das liegt daran, daß unsre theologischen und praktischen Einheitsbemühungen meist kein hinreichend breites und tiefes theologisches und biblisches Fundament haben. (Als „rühmliche Ausnahme“

nennt Démann den Aufsatz „Das Schisma im Rahmen des göttlichen Heilsplans“ von N. Oehmen OSB, in „Irenikon“ 1948, S. 6—31).

P. Démann nennt es das „Ur-Schisma im Gottesvolk“, daß ein Teil des alten Gottesvolkes sich durch den Glauben an den Auferstandenen und durch die Taufe erneuern ließ, der andere Teil aber sich diesem Schritt verschloß, so daß die Spaltung sich „im Innern Israels“ vollzog. Daher kann auch für die Kirche — als das erneuerte Israel — die „ungläubige“ Mehrheit des alten Gottesvolkes niemals die Rolle eines fremden Volkes spielen, sondern es spielt die eines abgetrennten Zweiges des wahren Gottesvolkes, „dessen Unbeweglichkeit gegenüber dem Wirken Gottes, das einen entscheidenden Schritt vorwärts macht, mit einem Schisma gleichbedeutend ist“.

Alle weiteren „Brüche“ im neuen Gottesvolk skizziert nun Démann prinzipiell als Folgen dieser ersten Spaltung: Brüche, die verursacht werden durch Überflutungen durch „heidnische“ Tendenzen (Gnostizismus, insbesondere Marcionismus) oder heimliches Einsickern solcher Tendenzen (Cäsaropapismus) und durch extreme Reaktionen gegen diese (Waldenser, Reformatoren). „Solange die Sammlung von Juden und Heiden zur Einheit nicht vollendet ist“, sagt Démann, „und ‚aus beiden Völkern eines wird‘ (Eph. 2, 14), bleibt die Erlösung unvollendet und die Kirche im Fundament zerrissen.“ Aber „Ort und Rang des getrennten Israel“ sind bisher sowohl in der Ökumenischen Bewegung wie in den Einheitsbestrebungen in der katholischen Kirche noch kaum ins Blickfeld gerückt. Gewiß gibt es viele Länder und Bistümer, in denen auch Israels in der Gebetswoche für die christliche Einheit gedacht wird, aber kaum anders als der Mohammedaner oder der noch offenbarungsfremden Völker, „weil man in Israel praktisch ein ‚zu missionierendes Volk‘ sieht und nicht einen abgetrennten Zweig des Gottesvolkes“.

Nicht Judenmission, sondern Wiedervereinigung

„Juden und Christen sind Brüder, getrennte Brüder, sogar feindliche Brüder; ihre Trennung ist nicht nur schmerzlich, sondern geradezu anormal, unerträglich und — wir dürfen dessen gewiß sein — dazu bestimmt, eines Tages zu enden. Israel und die Kirche sind nicht zwei einander fremde Religionsgemeinschaften nebeneinander, sondern zwei getrennte Zweige eines und desselben Gottesvolkes. Diese so einfachen und einleuchtenden Sätze schließen unermeßliche Folgen in sich. . . Die erste dieser Folgen ist, daß man die Beziehungen zwischen Israel und der Kirche nicht auf den Ausdruck Mission im eigentlichen Sinne des Wortes bringen kann.“ Ziel der Mission ist es, die Kirche und ihre Einrichtungen Völkern einzupflanzen, die ihr fremd sind. Diese Völker stellen der Kirche neue Probleme, aber sie stellen ihr keine alten Widerstände entgegen, wie es die abgetrennten Kirchen tun, „die ein ungeheures gemeinsames Glaubens- und Überlieferungsgut“ mit ihr verbindet, aber die durch die „Erinnerung an einen brutalen Bruch, die absichtlich auseinandergehende Entwicklung, die Gewöhnung an langes Geschiedensein, tausend Konflikte, Polemiken, Streitereien und Eifersüchteleien, Mißverständnisse und tief in der Seele und den Gewohnheiten beider eingewurzelte Vorurteile“ gegen sie gestellt sind. Mit diesen Widerständen, die oft schwerer wiegen als die eigentlichen Lehrunterschiede, müssen alle Wiedervereinigungsbemühungen rechnen. „Und ist es nun nicht genau so zwischen der Kirche und Israel?“ Auch gilt von Is-

rael wie von den abgetrennten christlichen Gemeinschaften, daß die Wiedervereinigung sich nicht in Form von lauter Einzelkonversionen vollziehen soll, sondern verheißungsgemäß soll Israel als Ganzes „reintegriert“ werden, „wobei es die Kirche durch seinen vervollständigenden Beitrag zur Tradition bereichert“.

Was also zunächst geschehen muß, ist „eine Anstrengung, sich einander zu nähern“. Kein plötzliches Wunder wird die Kirche und Israel von einem Tag auf den andern zur Wiederbegegnung bringen, sondern dazu gehört ein langes und geduldiges Bemühen. Dabei gilt es, „stets bei sich selbst anzufangen: das eigene Gewissen zu prüfen, um es von jeder Ungerechtigkeit zu läutern, von jedem Vorurteil, jeder Verachtung, jeder Gehässigkeit gegenüber den getrennten Brüdern“.

Israel gehört, obwohl es Christus nicht anerkennt, „ganz und gar in den Heilsplan, dessen Mittelpunkt und Schlüssel Christus ist. Sein Glaube und sein Hoffen sind nicht anders als die der Kirche; beide gehören nur einem verschiedenen Stadium der Heilsökonomie an“. Darum konnte Pius XII. auch seinen vielbeachteten Aufruf „an alle Verehrer des Messias“ richten, „ohne Ausschluß derer, welche ihn in aufrichtiger, aber überflüssig gewordener Erwartung als den in der Verkündigung der Propheten Verheißenen und noch nicht Gekommenen verehren“ (AAS XLI, S. 625).

„Während man also“, so schließt Démann, „den Graben zwischen der Kirche und Israel nur vertieft, wenn man den Fall Israel als missionarisches Problem behandelt und dabei zu absurden, für die Kirche wie für Israel gleichermaßen unannehmbaren Konsequenzen gelangt, meinen wir gezeigt zu haben, wie der Gesichtspunkt, unter dem das Problem Israels mit dem der abgetrennten Kirchen zusammengesehen wird, sich zugleich als der viel tiefere und der unvergleichlich fruchtbarere erweist. Er erhellt in neuem Licht das Mysterium Israels; er gewährt unserem Streben nach der Einheit seine volle geschichtliche Erstreckung und unserm Hoffen seine ganze katholische Weite.“

P. Démann (über dessen große Enquête „Die christliche Katechese und das Volk der Bibel“ die Herder-Korrespondenz im 7. Jhg., S. 321 ff. berichtet hat) ist der Vertrauensmann des zuständigen Kurienkardinals, Kardinals Tisserant; daher haben seine Ausführungen ein besonderes Gewicht, und man darf wohl hoffen, daß die neue Sicht der Beziehungen zwischen der Kirche und Israel (die in Deutschland insbesondere durch den „Freiburger Rundbrief“ vertreten worden ist), nämlich eine nicht missionarische, sondern ökumenische Sicht, sich nun immer mehr durchsetzen und in Theorie und Praxis ihre Früchte tragen wird.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Meditation über die Kirche

Das Fragen nach der Kirche ist eines der großen Zeichen dieser Zeit, ein Zeichen christlicher Hoffnung. Es ist gleich stark, so scheint es, bei katholischen Christen wie bei den getrennten Brüdern. „Christus und seine Kirche“, diese Einheit erfüllt die Mitte ihres Glaubens. Aber es liegt da ein unverkennbarer Unterschied des Seins zugrunde. Wir Katholiken fragen nicht danach, wo die Kirche ist. Wir kennen ihre Umrisse, ihre Gestalt, ihre Gnadenmittel, ihre hierarchische Wirklichkeit, wir kennen sie nur zu gut. Auch jene, die an der Kirche Ärgernis nehmen, weil sie sich wundgerieben haben, fragen auf dem Grunde einer Gewißheit: sie suchen nach den Tiefen und Geheimnissen der Kirche, die ihnen inmitten katholischer Gewohnheiten nicht immer gegenwärtig sind. Sie können sich schon weit entfernt haben, die Stimme der Kirche holt ihre Kinder meist noch ein, und sei es durch den Mund eines Zeugen, der nicht dafür geweiht wurde, aber dessen Herz vom Feuer der Kirche brennt.

Wie anders fragen ökumenische Christen: sie wissen nicht, wo „die Kirche“ ist; viele wissen nicht einmal sicher, ob diese Eine Kirche eine Gabe Christi in der Geschichte ist oder erst ein Werk des wiederkommenden Herrn am Ende der Tage. Sie wissen nur, daß ihre „Kirchen“ diese Kirche nicht sind. Ihr immer erneutes Bekenntnis zur Einheit der Kirche erscheint uns meist wie das Zeugnis für eine Idee. Ihr bohrendes Fragen nach dem Charakter der Spaltungen, die „tief in das Sein der Kirche einschneiden“ (wie es in dem 1. Studienheft für die Weltkirchenkonferenz von Evanston heißt, S. 15), ihr um sich grei-

fender Verdacht, die Einheit könnte das Sein der Kirche ausmachen, so daß die abgespaltenen Gemeinschaften bis auf eine — aber welche? — gar nicht zur Kirche gehören (ebenda), dieses Fragen geschieht nicht aus einem Sein in der Kirche. Es gleicht oft dem Fragen Schiffbrüchiger nach dem Land.

Im Chor der Väter

Unter den katholischen Büchern über die Kirche ist das neue Werk von P. Henry de Lubac SJ „Méditation sur L'Eglise“ (Paris 1953 bei Aubier. 288 S. Sammlung „Theologie“ Nr. 27) sicher eines der tiefsten und für deutsche Leser schwersten seiner Art. Zwar will der Verfasser keinen theologischen Traktat von der Kirche geben, sondern nur „einige Aspekte“ ihres Wesens darlegen. Er beteuert, daß er mit dem Herzen schreibe, und man spürt es im Gange der Reflexionen, obwohl sie im ganzen doch auch den Reichtum der Gelehrsamkeit entfalten und Seite auf Seite eine Fülle von Quellenbelegen ausbreiten: eine Fundgrube für Entdeckungen des Lesers. Das ist der große Reiz des Buches. Wir erfahren nicht in erster Linie, was Lubac über die Kirche zu sagen weiß, sondern vor allem, was die Wolke von Zeugen, der Chor der Väter aller Zeiten von der Kirche gewußt und gedacht hat. In jeder Phase der Betrachtung sind wir von diesem Chor umgeben, in jedem Abschnitt stehen wir mit dem Verfasser und seinen aus dem Heute kommenden Fragen und Sorgen zugleich vor den anwesenden evangelischen Brüdern, deren Warnungen in das Buch hineinrufen. So ist dieses Werk ein tief katholisches Buch, katholisch bis zur Unmodernität; und doch ist es zugleich ökumenisch in dem